

SYSTEMRELEVANT 170

Bettina Kohlrausch und Andreas Hövermann stellen neue WSI-Forschungsergebnisse zu Einstellungen potenzieller AfD-Wähler*innen vor, die uns wertvolle Hinweise zum Umgang mit dem Rechtspopulismus geben.

Marco Herack:

Heute ist Mittwoch, der 29. November 2023. Willkommen zur 170. Ausgabe von Systemrelevant. Bettina Kohlrausch. Ich grüße dich.

Bettina Kohlrausch:

Hallo.

Marco Herack:

Du bist die Direktorin des WSI, dem Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut der Hans-Böckler-Stiftung und Andreas Hövermann. Hallo.

Andreas Hövermann:

Hallo.

Marco Herack:

Du bist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Hans-Böckler-Stiftung im Projekt zu sozialen Lebenslagen, Transformation und demokratischer Integration. Und das wird heute auch sehr wichtig.

Ich sage es gleich mal vorweg, wir haben hier eine leicht schwankende Tonqualität, die hotelbedingt ist, auf diversen Seiten. Vorweg, unabhängig davon, wie immer der Hinweis, dass wenn ihr uns erreichen möchtet, um Ideen, Fragen oder Unmut kundzutun, könnt ihr uns beispielsweise auf X, dem ehemaligen Twitter, antickern @boeckler_de oder auch per E-Mail an systemrelevant@boeckler.de. Also Hinweise, Korrekturen und Anregungen bitte einfach einsenden und wir freuen uns, wenn ihr uns in einem Podcatcher eurer Wahl abonniert. Außerdem findet ihr Bettina auf Twitter als @BettiKohlrausch und Andreas ist dort zugegen, als @AndreasHoev mit oe und v.

Mein Name ist Marco Herack und wir wollen uns heute noch mal mit dem Erwerbspersonenpanel befassen. Denn, Andreas, du hast in den Daten nach einem speziellen Themenbereich gesucht oder die Daten durchforstet: Nämlich die AfD. Und bevor uns Andreas dazu noch mehr sagt Bettina, wie seid ihr denn auf dieses wundervolle Thema gekommen?

Bettina Kohlrausch:

Wir befassen uns mit dem Thema ja tatsächlich schon länger. Häufig eher unter der Perspektive, dass wir uns antidemokratische Einstellungen angucken. Aber in diesem

spezifischen Fall haben wir wirklich auch die klassische Sonntagsfrage benutzt. Die Erwerbspersonenbefragung ist ja eine Panelbefragung, das heißt, wir befragen dieselben Leute immer wieder, und tatsächlich hatten wir die Sonntagsfrage schon ein paar Mal mit drin, weil sie natürlich schon auch ein Indikator für die politische Stimmung im Land ist.

Marco Herack:

Okay Andreas, dann kannst du uns vielleicht noch mal sagen, was ihr da mit den Daten genau gemacht habt, damit wir da ein etwas breiteres Verständnis bekommen.

Andreas Hövermann:

Ja, gern. Also das ist das WSI Erwerbspersonenpanel. Das sind Daten, die wir ja auch schon in verschiedenen Podcasts hier vorgestellt haben. Aber es sind Paneldaten, das heißt, es wurden dieselben Befragten zu mehrmaligen Zeitpunkten wiederholt befragt, zu verschiedenen Themen. Mittlerweile sind wir da bei zehn Zeitpunkten angelangt. Das heißt, wir haben sie das erste Mal am Anfang der Pandemie im April 2020 gefragt und jetzt mittlerweile ja schon drei, dreieinhalb Jahre später zehn Zeitpunkte erfüllen können, in denen wir sie befragen konnten. Es sind Erwerbspersonen, das ist an der Stelle vielleicht noch mal wichtig zu sagen. Das heißt, es sind erwerbstätige und arbeitssuchende Personen, also nicht eins zu eins mit der Wahlbevölkerung, also beispielsweise Rentner und Rentnerinnen sind nicht dabei. Und es deckt dahingehend die Erwerbspersonen in Deutschland repräsentativ ab.

Wir haben da immer 7.500 bis 5000 Leute drin, die regelmäßig teilnehmen. Und die Daten sind jetzt für das Vorhaben, was ich mir angeschaut habe, aus zwei Gründen besonders interessant. Der erste Grund ist, dass es diesen Charakter der Paneldaten hat, also dass wir mehrmalig die Leute befragt haben und so letztlich einerseits ihre vorherige Wahlpräferenz erfassen können. Also wir können sehen, wann haben sie sich der AfD angenähert und können unterscheiden zwischen Neuwählern der AfD und auch etablierteren Stammwählern. Also die, die durchgehend AfD gewählt haben. Das ist zum einen eine sehr schöne Möglichkeit, da auch nachzuzeichnen, wie sie sich der AfD angenähert haben.

Der zweite Vorteil ist, dass die Daten sehr aktuell sind. Das heißt, die letzte Befragung, die wir da durchgeführt haben, das war im Juli 2023, also auch noch nicht so sonderlich lange her, so dass wir auch die jüngsten Mobilisierungserfolge der AfD damit einfangen können und die da mit drin haben.

Wir können auch in unseren Daten sehen, dass mehr und mehr Leute angegeben haben bei der Sonntagsfrage, dass sie die AfD wählen wollen und dementsprechend auch da einen Anstieg im Umfragehoch, wenn man so will, den wir ja auch in den generellen Sonntagsfragen von größeren Umfrageinstituten sehen.

Bettina Kohlrausch:

Und das ist eben wirklich das Schöne an der Panelbefragung, auch das Besondere, weil es ja in der Tat viel Forschung zur AfD gibt. Aber wir können halt wirklich diesen jüngsten Aufwuchs uns angucken. Also nicht nur wer sind die AfD Wähler, sondern auch wen konnten sie und dann hoffentlich natürlich auch, warum, im gerade in diesem jüngsten Aufwuchs von Wählerstimmen dazugewinnen?

Marco Herack:

Wir haben bei Bettina jetzt noch mal ganz kurz das Aufnahmegerät gewechselt, weil es ein paar Verzerrungen gab, die ich da gehört habe. Jetzt sind wir zwar auch nicht ideal, aber verständlich.

Wenn ich das jetzt richtig verstanden habe, fragt ihr dann auch tatsächlich jedes Mal die Menschen: Wen wählste? Oder fragt ihr nur: Wählst du die AfD?

Andreas Hövermann:

Genau. Wir stellen diese klassische Sonntagsfrage. Wenn jetzt am Sonntag Bundestagswahl wäre, wen würden Sie wählen? Und dann die verschiedenen Parteien. Und einmalig haben wir direkt nach der Bundestagswahl 2021, also wirklich wenige, wenige Tage bis Wochen danach, gefragt, was sie denn tatsächlich gewählt haben. Das heißt, wir haben jetzt vier Zeitpunkte drin, an denen wir diese hypothetische Sonntagsfrage drin haben. Und einmal haben wir also ein echtes Wahlverhalten erfragt.

Marco Herack:

Das heißt also, ihr könnt auf alle Fälle auf eine gewisse Zeitlinie zurückgucken, und was beobachtest du da in dieser Zeitlinie bezüglich AfD?

Andreas Hövermann:

Ich beobachte, dass die Bundestagswahl dahingehend zu einem sehr günstigen Zeitpunkt lag. Nämlich, dass die AfD zu dem Zeitpunkt letztlich auf dem tiefsten Stand war, den wir jetzt jedenfalls hatten. Also da sind wir bei den Erwerbspersonen, bei uns bei 9 %, und von da an stieg sie über zwölf, 16 jetzt auf zuletzt 23 % der Erwerbspersonen, die angegeben haben, die AfD wählen zu wollen. Da ist die Union noch einen Tick stärker mit 24 %, aber die AfD zweitstärkste Kraft.

Marco Herack:

Das, was wir auch in den Umfragen sehen, könnt ihr so nachvollziehen, dass ich das verfestigt, dass man die AfD wählt oder sie als wählbar betrachtet.

Andreas Hövermann:

Genau. Und das ist insofern ja auch noch mal erwähnenswert, weil es nun mal nicht exakt die Wahlbevölkerung ist. Also die Rentner und Rentnerinnen da nicht drin sind

und es auch durchaus sein könnte, dass das unter Nicht-Erwerbspersonen ein bisschen anders aussieht. Aber nach dem, was wir an Daten jetzt hier haben, in diesem Erwerbspersonen Panel, zeigt sich dieser Anstieg sehr ähnlich.

Marco Herack:

Wer wählt denn die AfD? Wählen Frauen die AfD?

Andreas Hövermann:

Ja, auch. Weniger als Männer. Also das ist was, was ja auch andere Forschung schon immer wieder gezeigt hat, dass es durchaus eine Partei ist, die eher bei Männern verfängt.

Marco Herack:

Konsequent. Es sind mehr Männer, die die AfD wählen.

Andreas Hövermann:

Genau. Aber es ist jetzt nicht so, dass keine Frauen sie wählen würden. Das kann man ja vielleicht auch noch mal sagen.

Aber ich habe mir angeschaut, wer fällt auf, mit überdurchschnittlicher Häufigkeit unter AfD Wählenden zu sein. Und da will ich so ein paar Punkte vielleicht mal rauspicken. Zum einen ganz auffällig ist, dass sie sich extrem entfremdet haben von den etablierten politischen Kräften. Also es gibt eine enorme Unzufriedenheit und ein enormes Misstrauen in staatliche Institutionen. Das ist einerseits die Bundesregierung, wo wirklich verschwindend geringer Anteil noch sagt, dass sie da Vertrauen haben. Aber auch beispielsweise zeigt sich, dass bei dem Vertrauen in öffentlich-rechtliche Medien, das sehr gering ist, unter Wählenden der AfD. Deutlich geringer als unter Wählenden anderer Parteien. Wir haben auch drin sehr, sehr auffällig den Befund, dass AfD Wählende von großen Sorgen berichten. Und das geht durch die Bank weg. Die Sorgenbatterie ist relativ lang, die wir da erfragt haben. Das bezieht sich auf persönliche finanzielle Sorgen. Das bezieht sich auf Belastung.

Es bezieht sich aber auch auf den Blick auf die Gesellschaft, also auf Sorgen über gesellschaftliche Entwicklungen. Und da sehen wir ganz stark zum Beispiel auch eine Sorge um den sozialen Zusammenhalt, der in der Gruppe sehr stark homogen gedacht wird. Zuwanderung wird als große Bedrohung des sozialen Zusammenhalts gesehen. Und das zeigt sich letztlich auch in den Einstellungen beispielsweise, die wir über Geflüchtete aus der Ukraine erhoben haben. Also da sehen wir, dass da hochgradig ablehnende, pessimistische Einstellungen unter den AfD Wählenden zu finden sind. Also beispielsweise haben wir eine Aussage drin: „Geflüchtete aus der Ukraine sollten sich hier in Deutschland erst mal hinten anstellen“. Da haben wir eine Zustimmung von 76 % unter den AfD Wählenden. Das ist deutlich höher als

unter Wählenden anderer Parteien, wo das beispielsweise nur bei 31 % liegt. Also relativ klar kann man sagen, dass der Bericht da zeigt: Wer AfD wählt, macht dies nicht trotz, sondern wegen ihrer migrationsfeindlichen Positionen. Das ist ein bitterer Befund, aber der ist relativ eindeutig in den Daten drin.

Bettina Kohlrausch:

Aber das finde ich auch noch mal total wichtig, weil mit diesem Konzept des Protestwählers oder der Protestwählerin verbindet sich ja auch immer die Idee, die meinen das gar nicht so. Die meinen das aber schon so, die meinen das wirklich ganz genauso. Und das macht es eben auch so gefährlich. Ich muss immer daran denken. In diesem Buch Rückkehr nach Reims von Eribon hat er die Wahl von Rechtspopulisten, oder Le Pen in dem Fall, als Akt der Notwehr bezeichnet. Das hat Sarah Wagenknecht auch mal in der Bundestagsdebatte aufgenommen, sozusagen. Die haben ja gar keine Möglichkeit, was anderes zu tun, um ihre Interessen kundzutun.

Die Interessen sind aber eigentlich eher sozialer Natur und adressieren soziale Ungerechtigkeiten. Das stimmt so einfach nicht. Das muss man ganz deutlich sagen. Gleichwohl entstehen auch diese migrationsfeindlichen Einstellungen noch antidemokratischen Einstellungen, offensichtlich schon in bestimmten Kontexten. Und da spielen dann Fragen von sozialen Sorgen oder wirtschaftlichen Sorgen usw. Diese spielen dabei dann durchaus eine Rolle, aber man muss eben da schon sehr genau sein und nicht irgendwie so tun, als würden die aus Versehen AfD wählen oder aus Versehen eine rassistische und auch antisemitische Partei wählen. Aber eigentlich geht es ihnen um was anderes. Nein, das stimmt leider nicht.

Andreas Hövermann:

Wenn ich da direkt noch anschließen darf. Ich habe da auch einen Befund zu, der das eigentlich ganz gut auch noch mal unterstreicht. Also wir haben gefragt, die Leute, wie hoch ihr Vertrauen ist in die Partei, die Sie wählen. Und haben dann unterschieden: AfD Wählende von Wählenden anderer Parteien. Und was da rauskam, war, dass AfD Wählende ein relativ hohes Vertrauen in die AfD haben. Also hier haben 48 % gesagt, sie haben ein großes oder ein sehr großes Vertrauen in die AfD. Dieser Wert wird nur übertrumpft von Grünen-Wählenden. Die haben noch einen größeren, da sind es 58 %. Anhänger anderer Parteien haben hier seltener gesagt, dass sie Vertrauen in ihre Partei haben.

Was ich damit sagen will, ist, wir sehen schon, dass da ein relativ hoher Anteil an überzeugten Wählern der AfD dabei ist und nur relativ wenige, weil das andere Ende der Skala war: Ich bin nicht überzeugt davon. Weil das könnte ja ein guter Indikator dafür sein, dass man Protestwähler oder Protestwählerinnen ist, dass man sagt: Nee, ich wähle die jetzt, weil ich unzufrieden bin, aber eigentlich finde ich deren Inhalte nicht gut. Der ist unter den AfD Wählenden nicht größer als bei anderen

Parteien. Also das sind 14 % bei den AfD-Wählenden, das sind aber beispielsweise bei der Union 11% und bei der FDP 13% und bei den Linken sind es 15%. Also das ist an der Stelle ähnlich hoch wie bei anderen Parteien. Was glaube ich, ein bemerkenswerter Befund ist.

Marco Herack:

In welchem Kontext findet denn diese AfD-Wahl statt? Also Bettina hatte schon angedeutet, dass es eben nicht nur der Fremdenhass oder die Fremdenskepsis oder es ist ja schon teilweise Verachtung, die man da hat, dem zuspießt. Sondern dass dahinter dann auch noch andere Kontexte in Sachen Sozialstaat, Umgang der Regierung mit den Menschen usw. stehen. Welche sind das?

Andreas Hövermann:

Das ist tatsächlich eine relativ breite Palette an Sorgen, die wir da über die letzten drei Jahre erfragt haben. Und es ist auffällig, dass AfD Wählende, das tatsächlich durch die Bank weg deutlich häufiger von den Sorgen berichten als Wählende anderer Parteien.

Das sind zum einen die finanziellen Sorgen, also dass man Angst hat, beispielsweise, dass man den eigenen Lebensstandard nicht halten kann. Dass man Angst hat um die eigene wirtschaftliche Situation. Aber auch natürlich ganz massiv ab 2022, dass das Thema, die steigenden Preise, die Inflation, etwas, was deutlich häufiger als Sorge geäußert wurde unter den AfD Wählenden. Aber ich will es noch mal betonen: Es sind nicht nur die persönlichen Sorgen, sondern es sind gerade auch die Sorgen... also es ist ein bisschen der Blick auf die Gesellschaft. Und da haben wir beispielsweise erfragt, wie auf den sozialen Zusammenhalt geblickt wird. Und der wird von AfD Wählenden als hochproblematisch erachtet und als deutlich häufiger als Sorge geäußert als unter Wählenden anderer Parteien.

Aber auch so etwas wie die Entwicklung der sozialen Ungleichheit ist etwas, was unter AfD Wählenden als häufiger Grund zur Sorge gesehen wird, als unter Wählenden anderer Parteien. Insofern ist diese Palette sehr breit. Es gibt eigentlich nur eine Sorge, die wir erfragt haben, wo wir nicht sehen können, dass AfD Wählende da häufiger eine Sorge äußern. Und das ist die Sorge vor einer Ausweitung des Ukraine-Kriegs. Also das ist an der Stelle die einzige Sorge, wo wir letztlich ein anderes Bild haben als bei den anderen erfragten Sorgen.

Marco Herack:

Aber dem liegt ja schon dann auch irgendwie zu Grunde, wenn man sagt, gesellschaftlicher Zusammenhalt, dann ausfächernd geht es weitestgehend ja irgendwie dann auch immer um finanzielle Nachteile, die man fürchtet. Sei es nun durch die Inflation, sei es nun durch Arbeitsplatzgefährdung oder Sonstiges. Das heißt ja

schon, dass quasi das Vertrauen dann auch nicht darin besteht, dass man innerhalb der sich wandelnden Gesellschaft mit den Flüchtlingen, die hinzukommen, glaubt, sich da noch so durchsetzen zu können, dass man zumindest seinen eigenen Lebensstandard hält. Und man hat auch nicht das Vertrauen darauf, dass die Regierung dafür arbeitet, das zu tun. Könnte ich das so zusammenfassen?

Bettina Kohlrausch:

Ja.

Andreas Hövermann:

Ich denke, das kann man schon so sehen. Also ich glaube, auch, die Fragen, die wir da teilweise erhoben haben, gehen genau in die Richtung. Also gerade das, was ich auch eben zitiert habe mit dem: Die Geflüchteten sollten sich erst mal hier hinten anstellen. Die große, große Zustimmung dazu. Und auch: Wir haben in einer anderen Welle mal erhoben so etwas wie: „Ich bekomme zu wenig. Oder ich bekomme nicht genügend Unterstützung vom Staat.“ Dass das auch etwas ist, was sehr, sehr, sehr stark überdurchschnittlich dort verfängt. Also gerade dieses Gefühl, von hier benachteiligt zu werden und dass andere einfach mehr bekommen und das nicht gerechtfertigt ist. Das ist, glaube ich, ein Gefühl, was natürlich sehr, sehr stark aktivierbar ist.

Bettina Kohlrausch:

Ja, wir haben ja auch uns angeguckt bzw. wir ist gut: Andreas, welche Erfahrungen die im Arbeitskontext machen. Also ich glaube tatsächlich, dass sind zwei Dinge, die man sich angucken muss. Einerseits der Blick auf die Gesellschaft, die sich aber auch speist aus persönlichen Erfahrungen, die sie machen. Und offensichtlich ist eine Erfahrung ‚Druck‘, finanzieller Natur, Belastung. Und wir haben aber ja auch eine in dieser Welle der Erwerbspersonenbefragung so eine Skala oder verschiedene Items mit abgefragt, die wir unter den Titel ‚Arbeit und Würde‘ zusammengefasst haben.

Das geht zurück auf eine Dissertation von Torben Schwuchow, der das da auch benutzt hat. Das war auch schon in unserem Lebenslagenprojekt mit drin. Da haben wir einfach verschiedene Dimensionen von Erfahrungen, Arbeitskontext, die wir als Würde-Erfahrungen sozusagen übertiteln, abgefragt. Also: Meine Arbeit ist abwechslungsreich. Ich bin stolz auf meine Arbeit. Ich werde von meinen Kolleginnen unterstützt. Mein Arbeitgeber sieht, was ich leiste für den Betrieb. Aber auch mein Arbeitsplatz ist sicher, oder ich bin zufrieden mit dem Job.

Das wirklich Interessante ist, dass die AfD-Wählenden in allen Dimensionen deutlich höhere Zustimmungsraten haben, also weniger Würde Erfahrungen sozusagen oder häufiger entwürdigende Erfahrungen im Arbeitskontext machen.

Andreas Hövermann:

Ganz genau. Und das ist erstaunlich insofern, als dass es so einheitlich ist. Es ist vielleicht auch noch mal hervorzuheben, dass bestimmte Aspekte noch mal besonders hervortreten. Also insbesondere die Aspekte der Würdigung der Leistung, also die Anerkennung der Leistung. Ob es jetzt so etwas ist wie: Mein Lohn ist angemessen. Oder aber auch so was ist, wie dass der Arbeitgeber es nicht sieht, was ich eigentlich alles für den Betrieb leiste. Das sind Aspekte, bei denen AfD Wählende ganz besonders häufig das Gefühl haben, dass ja ein Mangel ist, bzw. dass seltener von guten Bedingungen berichtet wird, als unter Wählenden anderer Parteien.

Und jetzt kann man natürlich relativ schnell einwenden, na ja, vielleicht sind die alle irgendwie strukturell in anderen Branchen oder irgendwie, dass sich das anders verteilt. Ich habe mir das aber dann auch noch mal angeschaut, dass ich beispielsweise mir nur Arbeiter und Arbeiterinnen angeschaut habe und dann unter denen geguckt habe. Ist da der Unterschied zwischen AfD Wählenden und den Wählenden anderer Parteien noch da? Und ja, ist er also auch. Auch da sehen wir das. Und ich habe es mir auch nur für Angestellte angeguckt. Und auch da sehen wir ja selbst unter Angestellten ist es so, dass da die AfD-Wählenden seltener von den guten Arbeitsbedingungen berichten, als Wählende anderer Parteien. Also so, dass das schon eventuell auch noch mal ein Punkt ist, ein Hebel sein könnte, den man in Betracht ziehen sollte.

Bettina Kohlrausch:

Genau. Das finde ich ganz wichtig. Also wir sind ja auch da bei uns auch noch in anderen Kontexten näher anzugucken, weil am Ende des Tages beschreiben wir hier jetzt erstmal eine Korrelation. Also den Zusammenfall von zwei Beobachtungen. Es könnte ja theoretisch auch sein, dass weil sie AfD-Wähler sind, sie einen besonderen Blick auf ihre persönliche Situation und die Gesellschaft haben und deshalb die Erfahrung im Arbeitskontext so bewerten. Also man weiß natürlich nie 100 %, in welche Richtung das geht. Aber ich glaube schon, dass wir hier ein ganz starke Hinweise darauf haben, dass diese Menschen Erfahrungen im Arbeitskontext machen, die wirklich das Gegenteil sind von Selbstwirksamkeit und Erfahrungen sozialer Anerkennung.

Und wenn Sie das jetzt beschreiben, ist es ja auch nicht unrealistisch, dass das ein Zustand ist, der schon sehr, sehr lange anhält. Weil in der Regel sind Menschen auf dem Arbeitsmarkt jetzt auch nicht so mobil. Und insofern glaube ich schon, dass wir hier einen Kontext identifiziert haben, in dem bestimmte antidemokratische Einstellungen auch entstehen. Was auch das hat Andreas ja eben gesagt, im Umkehrschluss bedeuten würde, dass sie in diesem Kontext auch bearbeitet werden können. Und das ist natürlich gerade jetzt auch für Gewerkschaften eine interessante Botschaft und ein Arbeitsauftrag. Aber nicht nur für die, auch für die Arbeitgeber.

Marco Herack:

Verhält es sich denn unterschiedlich zwischen denen, die früher schon die AfD gewählt haben? Vielleicht so einen harten Kern, der damals schon dabei war und den jetzt neu hinzugekommenen? Oder ticken die da alle gleich?

Andreas Hövermann:

Bezogen auf die Arbeitsbedingungen bezogen meinst du jetzt?

Marco Herack:

Auf die Gründe, warum sie jetzt die AfD wählen - und die Arbeitsbedingungen würden da natürlich reinfallen.

Andreas Hövermann:

Vielleicht sage ich dann erst mal direkt was zu den Arbeitsbedingungen. Da sehen wir sehr, sehr ähnliche Befunde. Also da unterscheiden sich, wenn man so will, Stammwählende der AfD nicht von den neu Wählenden. Wir sehen auch bei den neu Wählenden hier seltener gute Arbeitsbedingungen. Da sind die tatsächlich an der Stelle sehr nah beieinander. Es gibt aber, und das fand ich bemerkenswert, es gibt durchaus Unterschiede jetzt zwischen den neu Wählenden und den Stammwählenden, die ich dann versucht habe, mir genauer anzuschauen.

Also man kann durchaus sagen, dass die AfD zuletzt neue Wähler*Innengruppen erreichen konnte und ja auch weiter in die Mitte vordringen konnte. Also beispielsweise sehen wir darunter, dass auch ehemalige grün-Wählende erreicht wurden, die ja letztlich auf der Skala so fast am anderen Ende zu positionieren wären. Wir sehen aber auch mehr Frauen als zuvor. Es ist weiterhin aber noch mal wichtig zu sagen, insgesamt eher Männer wählen die AfD. Aber die Neuwählenden sind deutlich weiblicher besetzt, wenn man so will, als die Etablierteren. Also auch Frauen wurden stärker erreicht, wenn man so will. Und auch mehr Besserverdienende als zuvor. Das ist tatsächlich also so ein bisschen ein gewisser Switch, den man da sehen kann. Ich habe mir dann aber auch sehr stark angeschaut, wie letztlich die Entwicklung über die Zeit war. Und da konnte man sehr, sehr gut sehen, dass das, wie Sie sich sozusagen Schritt für Schritt, insbesondere dann ab 2022 beispielsweise ihr Vertrauen in die Regierung verlieren, Vertrauen auch in die öffentlich-rechtlichen Medien verlieren und dann 2023 gesagt haben: Okay, jetzt wähle ich die AfD. Das ist tatsächlich relativ gut nachzuzeichnen.

Bettina Kohlrausch:

Tschuldigung... Ich finde das total spannend, weil du ja schon mal so eine Studie gemacht hast, wo du mit so Strukturgleichungsmodellen (Wir müssen jetzt glaube ich nicht im Detail erklären, was das ist) Da hast du dir antidemokratische Einstellungen

angeguckt hast. Nicht die Wahl. Aber da hast du genau diesen Weg aufgezeichnet, dass die Menschen, auch gespeist durch bestimmten materiellen Druck, den sie erleben. Vertrauen in die politischen Institutionen verlieren. Im nächsten Schritt dann eben auch anfälliger sind für antidemokratische Einstellungen. Und das scheint sich jetzt eben auch wieder zu übersetzen in auch ein entsprechendes Wahlverhalten, weil, das muss man ja auch sagen: Nicht jeder, der antidemokratische Einstellungen hat, wählt auch eine antidemokratische Partei. Die sind natürlich dafür offener und anfälliger. Und offensichtlich gelingt es der AfD in diesen Zeiten besonders gut, dieses ganze Potenzial abzugrasen und für sich zu nutzen.

Andreas Hövermann:

Ja, und man muss dazu ja auch sagen, das sind ja jetzt... also das zeigt sich auch sehr, sehr stark, wenn ich mir jetzt diese Neuwählenden anschau. Die hatten während der Pandemie beispielsweise, die haben da relativ solidarisch, haben sie den Regierungskurs geteilt, haben sich beispielsweise deutlich häufiger impfen lassen als die etablierteren AfD-Wählenden haben deutlich seltener, da Verschwörungsmymen geteilt. Da sieht man, dass sie zu dem Zeitpunkt noch deutlich weiter weg waren von der AfD. Und dass aber jetzt dann in 2022 zumindest in dieser Gruppe bei einigen mehr und mehr gekippt ist.

Und was ganz interessant ist, finde ich. Ich habe mir auch noch mal die Wähler in Wanderung angeschaut. Also ich kann dann ja sehen, was haben die vorher gewählt. Wenn ich mir gerade bei den Neuwählenden, das ist ja so, dass die jetzt das erste Mal AfD gewählt haben, von wo kommen die? Und da ist einerseits zu sagen, ja, da sind einige dabei, die von den Ampelparteien höchstwahrscheinlich sich enttäuscht abgewandt haben. Also insbesondere SPD und FDP fallen hier auf. Aber der Großteil, oder sagen wir mal nicht der Großteil, aber die größte Anzahl an Wählenden verloren hat tatsächlich die Union. Wenn man sich diese Neuwählenden anschaut. Und das ist glaube ich, ein ganz, ganz spannender Effekt. Weil hier ja immer wieder auch von diesem Mainstreaming-Effekt gesprochen wird, also der These, dass das Übernehmen von rechten Positionen durch demokratische Parteien eigentlich rechte Parteien aufwertet. Sie normalisiert. Das Sagbare weiter nach rechts geschoben wird und davon einfach selten die demokratischen Parteien, wie jetzt beispielsweise eine Union profitiert, sondern deutlich eher das Original, die AfD. Und das ist durchaus ein Befund, den man vor dem Hintergrund so interpretieren kann, hier gingen die Verluste bei der Union, insbesondere in dem vergangenen Jahr, am deutlichsten hervor.

Marco Herack:

Das klingt aber irgendwie alles nicht sehr gut, was ihr mir gerade sagt. Das klingt nach einer sehr ungunen Mischung aus sehr vielen Dingen, die man nicht einfach so

kitten kann. Man kann es aber irgendwie zumindest mal so halbwegs auf das Treiben der Ampel zurückführen, ne?

Bettina Kohlrausch:

Ja, aber das wäre, glaube ich schon verengt. Also ich glaube, das ist jetzt reale Erfahrungen, die die gemacht haben. Auch Druck, den sie erlebt haben, materiellen Druck und dann keine guten Politikangebote. Das ist, glaube ich, schon auch ein Problem. Aber es geht jetzt nicht nur um die Performance von Politik, sondern auch, welche realen Angebote sie an die Menschen macht. Das, finde ich, ist, glaube ich, wichtig, noch mal zu differenzieren.

Marco Herack:

Okay. Aber wenn es nicht nur ein rein politisches Problem ist, vor dem wir dann da stehen, welche Möglichkeiten der Auflösung haben wir denn dann da? Weil das ist ja mehr eine gesellschaftliche Aufgabe.

Bettina Kohlrausch:

Ja, man kann schon Politik machen, man kann ja eine andere Politik machen. Aber was ich sagen wollte: Es geht nicht nur darum, die irgendwie besser zu kommunizieren, sondern tatsächlich auch was anderes zu machen, was man dann im Idealfall auch besser kommunizieren kann.

Ich glaube, was wir ganz ehrlich feststellen müssen, ist, dass wir es hier mit einem Phänomen zu tun haben, das über einen langen Zeitraum gewachsen ist und das nicht von jetzt auf gleich und nicht mit einer politischen Maßnahme, und wenn wir den Mindestlohn auf 20 € erhöhen, wieder verschwindet. Wer das glaubt, ist naiv. Weil da gehen ja auch andere Prozesse Hand in Hand. Also das Gewinnen des öffentlichen Raums. Also, was Andreas auch als Mainstreaming beschrieben hat, gerade in Ostdeutschland, wenn es einfach auch irgendwann normal ist, dass solche Positionen wirklich selbstverständlich in Sportvereinen, in der Kita, im öffentlichen Leben vertreten werden. Wenn Menschen, die diese Positionen vertreten, genau da auch extrem präsent sind und sich breit gemacht haben, sage ich mal. Dann kann man das nicht von jetzt auf gleich wieder beenden. Von dieser Idee muss man sich, glaube ich, schlicht verabschieden.

Ich glaube, wir sind im Moment in einer Situation, wo wir darüber nachdenken müssen: Wie können wir verteidigen, was wir haben? Und wie können wir natürlich langfristig Räume zurückgewinnen. Und ich glaube verteidigen, was wir haben - und vor dem Hintergrund finde ich den Befund zur Union auch so wichtig - bedeutet im ersten Schritt einmal nicht, die Debatten der AfD zu führen.

Andreas Hövermann:

Genau. Ich teile das total, was du sagst. Ich will das noch mal unterstreichen, weil: Ja, wir sehen da eine extreme Unzufriedenheit mit der Regierung, mit der Ampelregierung. Aber vielleicht noch mal unterstrichen oder in einer Zahl genannt. Wenn man sich diese Neuwählenden, die jetzt zuletzt zur AfD gegangen sind, anschaut. Und sich anschaut, was die im November 2022 gewählt haben oder wählen wollten, dann sind da 1/3 dabei, die gesagt haben, sie wollten Union wählen und haben danach jetzt aber gesagt, sie wählen AfD.

Also es ist erstaunlich, wie stark da dieser Wandel oder der Wechsel von der Union ist zur AfD. Und wenn man sich dann vergegenwärtigt, wie Friedrich Merz zum Beispiel aufgesprungen ist auf diesen Zug und letztlich ein sehr erfolgreiches AfD-Agendasetting da unterstützt hat, wenn er da vom Sozialtourismus gesprochen hat und von den kleinen Paschas und was weiß ich nicht alles, was da für unsägliche Ausdrücke gefallen sind. Aber was ich nur sagen will, damit ist das ist tatsächlich ein sehr erfolgreiches Agendasetting gewesen von der AfD, was andere Parteien übernommen haben und was sehr, sehr stark eine große Präsenz dieser Geflüchteten-Debatte in 2022 und dann vor allem jetzt auch noch mal in 2023 gegeben hat. Und das ist was, was andere Forschung auch immer wieder zeigt, je nachdem, welches Thema sozusagen auf der Agenda ist, je nachdem, welches Thema debattiert wird. Das spielt eine sehr, sehr große Rolle, welche Partei dann da profitieren kann.

Marco Herack:

Wenn die Leute kein Vertrauen in die Institutionen eines Staates haben. Und dazu zählt ja auch die Opposition in Form von Herrn Merz und der CDU, die ja auch vorher regiert hat. Ja, dann brauche ich doch nicht zu glauben, dass ich den nur nach dem Mund reden muss. Und dann kommen die zu mir gelaufen. Da ist etwas Tieferes kaputt gegangen. Und die AfD, das ist leider auch eine der traurigen Wahrheiten, ist aktuell die einzige Partei, die tatsächlich eine Fundamentalopposition zu dieser Regierung, die wir haben, aber auch zu der Oppositionspartei CDU einnimmt. Das heißt, dummerweise ist sie dann tatsächlich die ultimative Protestpartei.

Andreas Hövermann:

Gut, da wird man jetzt sehen, was mit der Linken passiert und mit dem neuen Bündnis. Aber genau, ich glaube davon profitiert sie auf jeden Fall, weil sie sehr, sehr gut auf jeden Fall diese Rolle der Regierungskritik, und zwar fundamentaler Regierungskritik, da einnehmen kann. Das würde ich schon so sagen.

Marco Herack:

Und was machen wir damit? Also welche Konsequenz gibt es denn daraus, wenn wir in einem Parteiensystem sind, dass quasi davon lebt, alle vier Jahre sich neu zu konstruieren, aber genau in diese Konstruktion das Vertrauen verloren geht und wir

eigentlich nur noch mit langwierigen Prozessen antworten können? Vielleicht, Bettina, noch ein anderer Gedanke dazu Olaf Scholz hat damals einen Wahlkampf gemacht: Mit Respekt.

Bettina Kohlrausch:

Ja, genau.

Marco Herack:

Auch da sehe ich dann schon wieder so ein Potenzielles: Da sind Menschen enttäuscht, Ihnen fehlt jetzt dieser Respekt. Also ich will das jetzt nicht nur auf der SPD abladen, aber das ist ein Teil dieser Regierung, dieses Wort durch den Wahlkampf...

Bettina Kohlrausch:

Also ich finde schon, dass eine sozialdemokratische Partei sich fragen muss, vor dem Hintergrund dieser Befunde, was ist eigentlich unsere Aufgabe? Es ist ja auch die größte Regierungspartei. Und tatsächlich: Ich glaube, dass dieses Respektthema genau die Probleme adressiert hat, die die Leute umtreibt. Und die Frage wäre jetzt, wie kann man das in Politik umsetzen?

Und wir haben ja auch festgestellt, oder Andreas hat festgestellt, dass da zum Beispiel Erfahrung im Arbeitskontext eine Rolle spielen. Noch mal: also das ist kein monokausaler Prozess. Aber darüber nachzudenken, welche Integrationsangebote man Menschen in einer Gesellschaft macht, in denen sie eben nicht nur materielle Absicherung erleben, sondern auch soziale Anerkennung. Was vielleicht ja nur ein etwas soziologisches Wort für Respekt ist. Das macht sicherlich Sinn, darüber nachzudenken.

Da spielt Erwerbsarbeit einfach eine total zentrale Rolle. Das heißt, ganz konkret geht es natürlich um so basale Sachen wie Löhne und Gehälter auch für die unteren Einkommen. Es geht um vernünftigen Mindestlohn. Es geht aber auch um demokratische Mitsprache und Gestaltungsmöglichkeiten, also einen Ausbau der betrieblichen Mitbestimmung. Um all diese Dinge geht es.

Andreas Hövermann:

Und Marco, Du hast das so eingeführt mit. Das ist alles sehr pessimistisch. Ja, stimmt. Kann ich durchaus auch bestätigen, so wäre da auch mein Blick drauf. Ich habe aber immerhin auch so zwei kleine Befunde, die vielleicht ein bisschen Grund zur Hoffnung machen oder an denen man vielleicht ansetzen kann. Grund zur Hoffnung ist vielleicht schon zu viel.

Zum einen haben wir den Befund drin - ich habe das eben schon gesagt: AfD-Wählende insgesamt mit einem relativ hohen Vertrauen in die AfD. Das ist auffällig.

Wenn man sich jetzt aber unterscheidet und genauer anschaut, wie sieht es da bei den neu Wählenden aus? Da zeigt sich, dass diese neu-Wählenden relativ wenig Vertrauen noch in die AfD haben. Ich habe jetzt noch gesagt, weil das natürlich eine Frage ist, wie weit man sich jetzt im Laufe der Zeit dann sich auch noch mal dieser Partei annähert. Und es ist natürlich klar ist, dass die jetzt erstmalig da wählen und da vielleicht auch noch eine gewisse Skepsis haben. Aber es zeigt sich relativ stark, hier gibt es unter diesen neu-Wählenden mehr Unüberzeugte als Überzeugte. Und das ist sehr auffällig, insbesondere im Vergleich dann zu den Stammwählenden, die einen sehr, sehr, sehr hohes Vertrauen in die AfD haben.

Also es scheint so, dass da hier die Regierungs- und Migrationskritischen Positionen ganz stark die sind, die bei dieser Gruppe verfangen haben. Aber bei anderen Positionen teilen sie nicht unbedingt die Position der AfD. Also beispielsweise konnten wir sehen, dass die Position zur Bekämpfung des Klimawandels oder zur Stärkung der EU, dass da die Position der neu-Wählenden deutlich weniger übereinstimmen mit denen der AfD. Das ist zum Beispiel ein Punkt, den man hoffen kann.

Ein zweiter Punkt ist. Wir haben alle gefragt, direkt nach der Bundestagswahl, welche Themen für sie relevant sind. Welche Themen die Bundesregierung angehen sollte. Da zeigt sich für die AfD-Wählenden. Ganz besonders relevant ist das Thema Zuwanderungsbegrenzung. Aber, was ganz spannend ist: Sie haben ganz viele soziale Themen als sehr, sehr wichtig eingestuft. Beispielsweise die Verbesserung der Pflegesituation, aber auch die Arbeitsplatzsicherung, aber auch Investitionen in die Infrastruktur. Also es gibt zahlreiche soziale Themen, über die AfD-Wählende anzusprechen wären. Es gilt halt, sie mit anderen als mit migrationsfeindlichen Positionen anzusprechen. Das ist, glaube ich, ganz, ganz wichtig an dieser Stelle, weil die Spalten letztlich nur weiter. Sie vergiften den Diskurs und letztlich sind sie auch nicht mit den Grundsätzen von offenen Gesellschaften vereinbar.

Bettina hat es gerade schon gesagt Es gilt hier auch einfach gute Politik zu machen. Es gilt irgendwie Politik zu machen, die auch ihre sozialen, finanziellen Sorgen anspricht bzw. das Potenzial hat, sie abzumildern. Aber das ist an der Stelle tatsächlich insofern ein Problem, wenn wir jetzt vor einer Austeritätspolitik stehen bzw. jetzt eine Sparvorgabe haben, die letztlich nicht unbedingt dazu führt, dass die öffentliche Infrastruktur funktioniert oder repariert wird. Sondern eher weiter an vielen Stellen dann doch nicht funktioniert.

Vielleicht ein letzter Gedanke noch, den ich noch anhängen will. Teilweise entstehen tatsächliche Konkurrenzsituationen. Die entstehen vielleicht nicht so stark auf dem Arbeitsmarkt, aber die entstehen beispielsweise auf dem Wohnungsmarkt mit knappem Wohnraum zwischen der einheimischen und beispielsweise ankommenden Bevölkerung. Geflüchteten Bevölkerung. Das ist natürlich etwas, was große Sprengkraft

hat und wo Investitionen natürlich helfen und absolut notwendig sind, so dass ich glaube, diese Austeritätspolitik ist ein sehr gefährlicher Weg an der Stelle.

Bettina Kohlrausch:

Wer sich unsere Befunde anguckt und sich die Debatten im Moment anguckt, in der Bundesrepublik oder in die politischen Debatten anguckt, dann kann ich nur sagen: Das Schlimmste, was man jetzt machen könnte, wäre wirklich einfach zu sagen, wir kürzen den Sozialstaat zusammen.

In dieser Situation könnte aber, glaube ich, auch was Produktives entstehen, wenn es den Parteien gelingen würde, wie sie jenseits von diesen Migrationsthema, was, glaube ich, wirklich nicht unser Hauptproblem ist, ernsthaft und sachlich darüber diskutieren würden, welche Gesellschaft sie sich eigentlich tatsächlich vorstellen. Also, wenn wir anfangen, über Geld zu reden, reden wir darüber, wie wir es verteilen und auch, wo es herkommt. Also wir führen Verteilungsdebatten, und die verbinden sich immer mit bestimmten Vorstellungen von Gerechtigkeit, von Leistung, von Verantwortung und einer bestimmten Perspektive auf Gesellschaft und Individuen. Und wenn die demokratischen Parteien in der Lage wären, diese Auseinandersetzung zu nutzen, um wirklich auch unterschiedliche Angebote im demokratischen Rahmen zu machen, dann glaube ich, könnte das auch was sein, was die AfD nicht zwangsläufig größer machen muss. Wenn es wirklich gelänge, hierüber eine öffentliche Diskussion zu führen. Ich sehe das im Moment nicht. In dem Moment, in dem man anfängt, Abwertungsdebatten zu führen, sei es gegenüber Geflüchteten oder Menschen mit Migrationshintergrund. Oder sei es gegenüber Armen, was ja faktisch auch passiert. Gerade bei der Bürgergeld-Debatte, wo man Arme gegen noch Ärmere gegeneinander ausspielt. Wenn man anfängt, diese Debatten, die am Ende des Tages genau den Kern, den wir immer auch beschrieben haben, nämlich Würde-Erfahrungen von bestimmten Gruppen, von marginalisierten Gruppen betreffen. Dann, glaube ich, dann macht es die AfD eher groß. Die Parteien hätten jetzt die Chance zu beweisen, dass es ihnen um mehr geht als um sie selbst. Oder eben sie werden ganz langfristig, glaube ich, wirklich einen hohen Preis dafür bezahlen, weil sie unter Umständen das System unterminieren, von dem sie selber profitieren, bzw. auf das sie angewiesen sind und dessen Teil sie sind.

Marco Herack:

Den Preis zahlen wir dann alle.

Bettina Kohlrausch:

Den Preis zahlen wir dann alle.

Marco Herack:

Ja.. Bettina Kohlrausch, vielen Dank für das Gespräch.

Bettina Kohlrausch:

Sehr gerne.

Marco Herack:

Und Andreas Hövermann. Danke schön.

Andreas Hövermann:

Sehr gerne. Danke.

Marco Herack:

Den kleinen Scherz konnte ich mir jetzt nicht verkneifen am Ende.

Wenn ihr dazu noch ein paar Gedanken habt, dann sendet sie uns gerne. Ihr könnt uns auf X, dem ehemaligen Twitter, antickern @boeckler_de oder eine E-Mail an systemrelevant@boeckler.de schreiben. Und wir freuen uns natürlich, wenn ihr uns in einem Podcatcher eurer Wahl abonniert. Außerdem findet ihr Bettina auf Twitter als @BettiKohlrausch und Andreas ist dort zugegen, als @AndreasHoev mit oe und v.

Vielen Dank fürs Zuhören, Euch eine schöne Zeit und bis bald. Tschüss.

Bettina Kohlrausch:

Tschüss.

Andreas Hövermann:

Tschüss.